Grundsatz

- **Bauschuttzubereitungsplätze und Zwischenlager für Bauschutt und Recyclingbaustoffe sind so anzulegen, dass sie weder vorhandenes Grundwasser noch Oberflächengewässer beeinträchtigen.**

1. Stationäre Aufbereitungsanlagen

Ein ordentliches Baugesuch mit Umweltverträglichkeitsbericht (UVB), Verfahrensbeschreibung, Stoffflüssen und Betriebsreglement ist bei der Gemeinde einzureichen (§§ 10 und 11 der Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Abfallbewirtschaftung, AbfV, RB 814.041).

Die bautechnischen Anforderungen an die Plätze werden nach Gewässerschutzbereichen und Grundwasserverhältnissen differenziert:

Bereich	Anforderungen
Grund- und Quellwasserschutzzonen	Bauschuttzubereitungsplätze und Zwischenlager für Bauschutt und Recyclingbaustoffe sind nicht erlaubt .
Gewässerschutzbereich A _u	• Flurabstand zum Grundwasserhöchststand ≤ 4 m Bauschuttzubereitungsplätze und Zwischenlager für Bauschutt und Recyclingbaustoffe, mit Ausnahme von Plätzen für Recycling-Kiessand P, müssen einen dichten Belag¹ aufweisen. Das Platzwasser ist zu sammeln und über einen genügend gross dimensionierten Schlammsammler oder ein genügend gross dimensioniertes Absetzbecken, das mittels Tieflöffel oder Greifer entleert werden kann, einer ARA zuzuführen. • Flurabstand zum Grundwasserhöchststand > 4 m Bauschuttzubereitungsplätze und Zwischenlager für Bauschutt und Recyclingbaustoffe, mit Ausnahme von Plätzen für Recycling-Kiessand P, müssen einen dichten Belag¹ aufweisen. Das Platzwasser kann über eine belebte Bodenschicht, z. B. einen bepflanzten Versickerungsteich versickert werden. Die Grösse der Versickerungsfläche ist von der entwässerten Lagerfläche abhängig. Das Platzwasser darf nicht in ein Gewässer eingeleitet werden. • kein Grundwasservorkommen Auflagen wie Gewässerschutzbereich B ¹ Der dichte Belag kann auf unterschiedliche Arten realisiert werden. Beispielsweise sind Asphalt- oder Betonbeläge, mineralische oder geotextile Sperren möglich. Die Dichtigkeit wird nach dem Ansatz der Transmissivität (Schichthöhe x Durchlässigkeit) und unter Berücksichtigung der lokalen Grundwasserverhältnisse beurteilt. Anstelle von dichten Lagerplätzen für Recyclingbaustoffe können diese auch überdacht werden.
Gewässerschutzbereich B	Ein Schotterplatz ist ausreichend. Das Platzwasser kann oberflächlich versickert werden. Es darf nicht in ein Gewässer eingeleitet werden. Achtung: Es ist abzuklären, ob beim vorgesehenen Standort Quellen oder Grundwasserfassungen beeinträchtigt werden können.

Bei Unsicherheiten bezüglich der Bereichszuteilung, dem Grundwasservorkommen oder dem Vorhandensein von Quellen und Grundwasserfassungen wenden Sie sich an das Amt für Umwelt, Abteilung Wasserwirtschaft und Wasserbau, Tel. 052 724 24 81.

Bei Unsicherheiten bezüglich der Anforderungen an Bauschuttzubereitungsplätze und Zwischenlager für Bauschutt und Recyclingbaustoffe wenden Sie sich frühzeitig an das Amt für Umwelt, Abteilung Abfall und Boden, Tel. 052 724 25 47.

Nach § 8 des Gesetzes über die Abfallbewirtschaftung (AbfG, RB 814.04) bedarf die Errichtung einer Abfallanlage der Bewilligung des Kantons und nach § 9 AbfG und § 9 der Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Abfallbewirtschaftung (AbfV, RB 814.041) einer Betriebsbewilligung.

Für Anlagen zum Sortieren, Behandeln oder Verwerten von Abfällen mit einer Behandlungskapazität von mehr als 1'000 t pro Jahr besteht die Pflicht zur UVP (Ziffer 40.7 im Anhang der Verordnung des Regierungsrates zur Umweltverträglichkeitsprüfung, UVPV, RB 814.011).

2. Mobile Aufbereitungsanlagen

Sofern eine Bauschuttzubereitungsanlage auf einer Baustelle weniger als ein Jahr im Einsatz ist und in dieser Zeitspanne weniger als 1'000 t Bauschutt zubereitet werden, ist keine abfallrechtliche Errichtungs- und Betriebsbewilligung erforderlich (§§ 8 Abs. 1 und 9 AbfV). Es darf jedoch kein Bauschutt zugeführt werden. Auflagen über Betriebszeiten, Lärm und Staub können in der Baubewilligung erlassen werden.

3. Zwischenlager

Für Zwischenlager gelten die folgenden Bestimmungen:

- Zubereitete Recyclingbaustoffe (Asphalt-, Beton- und Mischabbruchgranulat sowie Recycling-Kiessand A und B) können maximal 3 Monate ohne Schutzmassnahmen zwischengelagert werden (sinngemäss Ziffer 58 der Richtlinie für die Verwertung mineralischer Bauabfälle des Buwal vom Juli 1997).
- Unzerkleinerter Bauschutt darf längstens während eines Jahres ohne abfallrechtliche Bewilligung gelagert werden. Im Gewässerschutzbereich A_v und bei einem Flurabstand zum Grundwasserhöchststand > 4 m sind keine Gewässerschutzmassnahmen erforderlich; bei einem Flurabstand zum Grundwasserhöchststand ≤ 4 m siehe oben.

4. Allgemeines

Für alle Anlagen sind weitere Auflagen bezüglich Lärm und Staub entsprechend den örtlichen Verhältnissen zu erwarten.

Über Sekundärbaustoffe aus mineralischen Bauabfällen gibt das Merkblatt TG 11 Auskunft.

Weitere Informationen

Literatur

Richtlinie für die Verwertung mineralischer Bauabfälle (Ausbauasphalt, Strassenaufbruch, Betonabbruch, Mischabbruch)

BUWAL, 1997; Tel. 031 322 93 11, www.umwelt-schweiz.ch

Bestellung: Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL, Dokumentation, 3003 Bern, Fax 031 324 02 16 oder www.buwalshop.ch

Wichtige Adresse

Amt für Umwelt des Kantons Thurgau

Bahnhofstr. 55, Postfach, 8510 Frauenfeld

Telefon 052 724 24 73

www.umwelt.tg.ch